

C. Sachantrag an den 13. Landesparteitag

C.1. Ablehnung von politisch motivierter Gewalt

ÄC.1.2. Änderungsantrag zu C.1.

Einreicher: Dieter Gaitzsch

Ersetzen des Punktes 3 der Begründung

Bezogen auf Gewaltaktionen ("links-")autonomer Gruppierungen gibt es ab und an Nachfragen der Bevölkerung zu unserer Position. Ohne sie mit rechtsextremer Gewalt gleichsetzen zu wollen (rechte Gewalt richtet sich zumeist gegen Personen, autonome Gewalt gegen Sachen), distanziert sich DIE LINKE. Sachsen auch eindeutig von allen derartigen Gewaltaktionen.

Durch

Unsere Position zur Gewalt vertreten wir als Mitglieder der LINKEN in unterschiedlichen Bündnissen gegen Faschismus und Rassismus. Wir vergessen dabei nicht, wer unsere politischen Verbündeten sind und treten in solidarischer Gemeinsamkeit mit diesen auf.

Begründung:

Wir befinden uns in einer sich nach rechts driftenden Gesellschaft, in der sich unsere politischen Gegner zunehmend der Gewalt bedienen. Dieser Entwicklung kann sich die LINKE nur mit Partnern entgegenstellen, auch wenn sie deren Aktionsformen nicht in jedem Fall teilt. Es ist unsere historische Aufgabe, eine Situation, wie sie am Ende der Weimarer Republik bestand (Einschätzung von Hans Modrow im April 2016) nicht mit dem gleichen Ergebnis wie damals enden zu lassen. Wir haben aus der Geschichte gelernt, dass Faschismus und Rassismus nur gemeinsam mit allen gleichgesinnten Kräften bekämpft werden kann. Eine Entsolidarisierung mit unseren Partnern ist ein historischer Fehler.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____